versorgung in der ambulanten Pflege. Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (dip), Köln. www.dip.de/fileadmin/data/pdf/projekte/Endbericht_Pflege-Thermometer_2016-MI-2.pdf (Zugriff am 11.12.2017)

Igl G. (2008): Weitere öffentlich-rechtliche Regulierung der Pflegeberufe und ihrer Tätigkeit. Deutscher Pflegerat e.V. (Hrsg.), Urban & Vogel, München

Zusammenfassung

Am 01.01.2020 tritt das Pflegeberufegesetz in Kraft. Es führt die drei Berufsabschlüsse Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege und Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einem Berufsabschluss zusammen. Die hochschulische Pflegeausbildung wird berufszulassend eingeführt. Das neue Gesetz lässt im Bereich der Umsetzung, Organisation und Finanzierung noch viele Fragen offen. Die ausführende Ausbildungs- und Prüfungsverordnung wird erst im Frühjahr nächsten Jahres veröffentlicht und muss durch Bundestag und Bundesrat beschlossen werden. Ein Ausbildungsfond wird die Kosten der Träger der praktischen Ausbildung und der Pflegeschulen refinanzieren. Dabei gilt ein Anrechnungsschlüssel der Auszubildenden bei den Trägern.

Schlüsselwörter: *Pflegeberufegesetz, PflBG, Ausbildungsfinanzierung, Generalistik, Generalistische Ausbildung*

Autorenkontakt:

Christine Vogler,

Krankenschwester, Diplom
Pflegepädagogin und
Qualitätsbeauftragte ist
Schulleitung der Pflegeschulen
Wannsee Schule e.V. in Berlin,
Vizepräsidentin DPR,
Stellv. Vorsitzende des Bundes-
verbandes für Lehrende in
Gesundheits- und Sozialberufen
und Vorsitzende Landespflegerat
Berlin-Brandenburg

E-Mail: cvogler@wannseeschule.de

Auf dem Prüfstand: Pflegestudiengänge in Deutschland

Abschluss Symposium des ZfRV an der BTU Cottbus-Senftenberg

» Die anhaltenden Debatten um die quantitativen und qualitativen Herausforderungen in der pflegerischen Versorgung und der Pflegeausbildung haben in den letzten Jahren zu einer vermehrten Etablierung von Pflegestudiengängen an den Hochschulen geführt. An der BTU Cottbus-Senftenberg wurde 2016/2017 das Forschungsprojekt „Pflegestudiengänge auf dem Prüfstand“ am interdisziplinär arbeitenden Zentrum für Rechts- und Verwaltungswissenschaften (ZfRV) durchgeführt. Ob diese Studiengänge tatsächlich eine Antwort auf die Herausforderungen des pflegerischen Versorgungsauftrages sein können, war Gegenstand des abschließenden Symposiums, Ende November 2017 in Berlin.

Moderiert von Ulrich Deutsch, dem Pflegedirektor der Evangeli-

schen Kliniken Gelsenkirchen reichten die Themen von der nachdrücklichen Forderung nach gesetzlichen Regelungen für die zunehmende Akademisierung in der Pflege, über den Hinweis, dass ein adäquater Theorie-Praxis-Transfer gewährleistet sein müsse bis hin zu der Frage nach den Kompetenzen akademisierter Pflegekräfte und einer Lösung für den Pflegenotstand. Projektleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Knopp wies darauf hin, dass dieser allerdings nur ein, wenn auch bedeutender, Teilaspekt der Gesamtproblematik sei.

Das Fazit: Die Einrichtung von Pflegestudiengängen wird grundsätzlich als wünschenswert angesehen. Hochschulen sollten ihre Studiengänge allerdings fortlaufend auch auf Marktkompatibilität prüfen und

ggf. anpassen. Die Politik sei aufgefordert, die Gehaltsstrukturen erheblich nachzubessern, um diesen für Studierende und Pflegende attraktiver zu gestalten. Zudem seien die politischen Entscheider aufgefordert, sich mit dem prosperierenden Markt osteuropäischer Pflegehilfen im Rahmen der häuslichen Pflege auseinanderzusetzen, um angemessene Modelle in der 24-Stunden-Pflege zu entwickeln bzw. in den Pflegebereich zu integrieren. Einig waren sich die Teilnehmer, dass Studien bei aller Kontroverse wichtig sind, um die Studiengänge weiter zu professionalisieren und die hieraus resultierende Berufsgruppe im Pflegebereich voranzubringen.

Ass.iur. Louisa Linke, Cottbus

www.b-tu.de/zfrv